

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Telefon 26 9 51 / 52

II/54

Ostorientierung

Hannover, 11. Juli 1947

R.B. Anlässlich einer Organisationsbesprechung bei der Deutschen Messe- und Ausstellungs A.G. in Hannover protestierten Berliner Beauftragte gegen einen von der Messeleitung herausgegebenen Prospekt, der bezüglich die Ostzonen zeigte, ohne die russisch-besetzten Gebiete und Berlin auch nur im Geisse anzuzeigen. Obwohl mit der beanstandeten Darstellung keine irgendwie geartete politische Demonstration beabsichtigt war, wurde von den Berlinern mit Recht darauf hingewiesen, eine solche Propaganda könne falsche Schlussfolgerungen über eine zukünftige Entwicklung unterstützen.

Es ist eine Tatsache, dass die Ostzone und praktisch auch Berlin von einer SED-Mehrheit regiert werden, deren Bemühungen auf eine Erziehung der Bevölkerung zu russischer Auffassung einer Demokratie hinausgehen - Kommunisten also, die das sowjetisch-besetzte Deutschland dem Kommunismus zuführen wollen. Weiter ist bekannt, dass sogar seriöse politische Schriftsteller und Journalisten die Bildung einer "Westdeutschen Republik" empfehlen, wobei der Überzeugung offen Ausdruck verliehen wird, die Ostzone müsse möglicherweise "abgeschrieben werden". Ebenso wird erzählt, manhöre aus vielen Gesprächen die Herabachtung heraus, die Engländer und Amerikaner während es sich eines Tages überlegen, ob es nicht besser sei, Berlin - diese Insel mit drei Millionen - weiterhin mit Lebensgütern zu versorgen, wenn die Stadt heute im wesentlichen von den Russen beherrscht wird und jederzeit vollständig von ihnen in Besitz genommen werden kann.

Nach der forcierten Abreise der östlichen Ministerpräsidenten aus München und nachdem Molotow den Marshallplan abgelehnt hat, was zur Folge haben wird, dass die Ostzone ausserhalb der europäischen Wirtschaftsplanung bleibt, glauben anscheinend manche Bewohner der Ostzone, politisch klug zu handeln, wenn sie sich nach Osten orientieren und der Demokratie sowjetischer Vorstellung eine betonte äussere Zustimmung geben. Diese Haltung entspringt dem gleichen Opportunismus, der den Nationalsozialisten die Eroberung Deutschlands so leicht machte.

Sollte selbst die Londoner Konferenz im November d. J. ohne eine substantielle Vereinbarung zwischen den Ost- und Westzonen verhandelt gehen, so ist auch dann kaum mit einem Desinteresse der westlichen Alliierten an Berlin und der Ostzone zu rechnen, wie andererseits die Russen an einer erstarkten Westwirtschaft ein erhöhtes Interesse gewinnen könnten. Ausserdem aber wäre das Aufgeben Berlins, verbunden mit einem Abzug des Militärs aus den anglo-amerikanischen Sektoren, ein Prestigeverlust, zu dem keine Veranlassung bestünde. Ostdeutschland und Berlin besitzen in den weltpolitischen Zusammenhängen zumindest die selbe Wichtigkeit wie Griechenland und die Türkei.

Es mag sein, dass man in Berlin, Dresden oder Jena fatalistisch das endgültige Niedergehen des Vorhanges diskutiert. Ebenso wahr ist es jedoch, dass stärkere Hoffnungen in jedem Einzelnen leben, die Gesamtheit Deutschlands werde erhalten bleiben und damit jene Menschenrechte zur Geltung kommen, auf die das deutsche Volk einen Anspruch hat.

In den Westzonen liegen die Verhältnisse schlecht. In der Ostzone sieht es jedoch wesentlich schlimmer aus. Die berühmte Aufforderung des amerikanischen Aussenministers an Europa und das erstaunliche Ereignis, dass bereits mit konkreten Arbeiten begonnen wird, sie in die Tat umzusetzen, wird der Bizone den Vorteil einer zunehmend erfolgreicherer Hilfe bringen. Hinter diesem Plan steht schliesslich ein tatsächliches und nicht erhofftes oder fingiertes Wirtschaftspotential, ein Überfluss und nicht nur eine demonstrierte Haltung. Die europäischen Massnahmen und ihre Ergebnisse, die ihre Wirkung auf den Westen Deutschlands unbedingt ausüben müssen, werden, dies darf man vermuten, ihre Anziehungskraft auf den Osten und auf Berlin ausstrahlen. "Das ökonomische Vakuum der Ostzone", wie Schumacher in Nürnberg sagte, "wird bei einer Wiedervereinigung von dem wirtschaftlich stockenden Westen aufgefüllt."

Alle deutschen Parteien von Bedeutung sind sich darüber einig, dass es notwendig ist, eine einseitige, das heisst eine nur östliche Orientierung hinter der Zonengrenze zu verhindern. Selbst die KP, die zwar im Grunde eine Ostorientierung auch des Westens anstrebt, erklärt immer wieder, dass sie ein Aufrechterhalten der Zonen nicht wünsche. Die SPD ebenfalls lässt keine Gelegenheit vorübergehen, die Deutschen in ihrer Hoffnung zu bestärken, eines Tages die "Grenzen" beseitigen zu können, die künstlich errichtet wurden. Die SPD ist eine recht realistische Partei, die eine solche Politik kaum betreiben würde, wenn man das russisch verwaltete Deutschland als verloren betrachten und es seinem Schicksal überlassen wollte.

(b/117/1/he)

Das amerikanische Fragezeichen

HGSt. - Bei den Betrachtungen über die Realisierung des Marshall-planes hat zuletzt die Frage der europäischen Einigkeit stark im Vordergrund gestanden. Dabei wird leicht übersehen, dass diese Frage viel weniger von den Bedürfnissen unseres Kontinents abhängt als von der amerikanischen Bereitschaft, zu helfen, nicht nur der Regierung, sondern vor allem der des Kongresses.

Die Aussichten für die Bewilligung der notwendigen Mittel durch den Kongress sind aber recht wenig übersichtlich. Die Vereinigten Staaten stehen heute an einem Scheideweg. Die Roosevelt'sche Epoche gehört der Geschichte an, das Truman'sche Interregnum neigt sich seinem Ende zu. Die Parteien rüsten für den Wahlgang um die Präsidentschaft. Traditionsgemäss fallen die Entscheidungen um die Festlegung des neuen Kurses, bevor die Kandidaten endgültig nominiert werden. Noch vor Jahresfrist schien es sicher, dass die Republikaner den Kampf um die Präsidentschaft so mühelos bestehen würden wie den um die Mehrheit im Repräsentantenhaus. Die Persönlichkeit Trumans erschien farblos, sein Auftreten war zaghaft und verriet, was die Amerikaner am wenigsten vertragen können: Unsicherheit.

Seitdem ist viel Wasser den Potomac hinabgeflossen. Was niemand für möglich hielt, ist eingetreten. Truman hat den Rang einer nationalen Persönlichkeit gewonnen. Von dem Augenblick, da Truman Wallace zum Rücktritt zwang, ist er in die Schuhe Roosevelts hingewachsen und das in einem Tempo, das seinen demokratischen Parteigängern ungläubiges Staunen, den Republikanern ein unheimliches Gefühl einflösste. Die Personalpolitik Trumans konnte kaum glücklicher sein. Sie zeigte Unabhängigkeit und Freiheit von Vorurteilen. Die Ernennung Marshalls zum Nachfolger von Byrnes fand den Beifall beider Parteien, die Betrauung Harrimans mit der Erbschaft Wallace im Handelsministerium, die Suspension Bradens von der Leitung Lateinamerika-Abteilung im State Department und damit die Beseitigung des letzten Hindernisses für eine versöhnliche Politik mit dem "faschistischen" Argentinien. Pérons gefiel den Republikanern. Die Besetzung des Vorsitzes in der Atom-Kommission mit Lillenthal anstelle des angeschuldigten Baruch gegen den Widerstand der Rechten schmeichelte wiederum den Demokraten. Wie Bevins Aussenpolitik, so spannte die Trumans die Opposition vor den Toren der Regierung. Die Truman-Doktrin wurde von den Republikanern trotz isolationistischer Bedenken unterschrieben, weil man sie als eindeutige Festlegung der USA-Aussenpolitik gegen den Kommunismus wertete. Die Besuche des Präsidenten in Mexico und Kanada waren Erfolge.

Wenn Trumans Verwaltung heute wiederum in eine Gefahrenzone später Ordnung steuert, so weil die Gestalt des Präsidenten soviel Farbe gewonnen hat, dass sie den republikanischen Wahlaussichten ernstlich im Wege zu stehen droht. Nachdem die Aussenpolitik kaum Meinungsverschiedenheiten zulässt, müsste der für den Wahlkampf unerlässliche Gegensatz auf einem anderen Sektor gesucht werden. Der schrittweise Abbau des New Deal drohte auch innenpolitisch den Republikanern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Nur so ist es zu erklären, dass die Republikaner in der Labour-Bill dem Kongress eine Vorlage zugeleitet haben, die unter dem Vorwand, den Arbeitsfrieden zu sichern, die Rechte der Gewerkschaften in provokatorischer Weise zu beschneiden sucht. Im Kampf mit dem Bergarbeiterführer Lewis hatte Truman im vergangenen Herbst eine Haltung gezeigt, deren Festigkeit die mächtigste Gestalt der amerikanischen Arbeiterbewegung zum Nachgeben zwang. Duso weniger konnte ihm Abhängigkeit von der Linken vorgeworfen werden, als er gegen die Labour-Bill sein Veto einlegte. Nachdem

sich Senat und Repräsentantenhaus beeilt haben, diesen Einspruch zu überstimmen, ist der von den Republikanern heraufbeschworene offene Konflikt mit Truman Tatsache geworden. Für die innenpolitische Entwicklung ist dieser Vorgang von höchster Bedeutung, denn nun wird Gesetz, was Truman warnend einen "unfairen Akt für die arbeitende Bevölkerung" nannte. -

Wer den Schaden hat, wird sich zeigen. Truman und die Demokraten sind durch das vergebliche Veto jeder Verantwortung für künftige Arbeitskonflikte entoben, was für die Wahl eine nicht unwesentliche Entlastung darstellt. Die Republikaner aber haben sich einer gefährlichen Strömung antraut, die sie über kurz oder lang zwingen wird, einen "showdown" gegen die gesamte Linke herbeizuführen. Ob die republikanische Partiemaschine dies aushält, ist zweifelhaft. Eine ähnliche Kraftprobe brachte die Abstimmung über die Tax-Reduction-Bill, deren gewaltige Steuerabstriche indirekt auch eine Zensur der kostspieligen amerikanischen Hilfspolitik für das Ausland bedeutet hätten, während die hierdurch bewirkte Stärkung der inneren Kaufkraft die Inflationstendenzen fördern musste. Das Veto des Präsidenten behauptete sich mit nur zwei Stimmen Mehrheit. Im Lichte dieser Ereignisse erscheint es problematisch, wie lange eine von beiden Parteien eingeleitete Truman-Marshall'sche Aussenpolitik noch praktisch verwirklicht werden kann. Schon hat Hoover mit beträchtlichem Beifall aus den Reihen der Republikaner verlangt, dass amerikanische Hilfeleistungen künftig auf solche Länder beschränkt bleiben, deren Regierungssysteme mit den amerikanischen Idealen übereinstimmen, ein Grundsatz, dessen Anwendung Marshall's Angebot wesentlich begrenzen würde und der einer Warnung nicht nur an Russland, sondern, wie vereinzelt gesagt wird, auch an das britische Labourregime gleichkommt.

Diese Lage wird nicht klarer durch die erhöhte Aktivität, die Henry Wallace seit der Rückkehr von seiner heftig kritisierten Europatournee entfaltet. Der Empfang, der ihm im Mittelwesten und anderen Landesteilen bereitet wurde, soll ihn, La Guardia und andere in Sezessionsplänen bestärkt haben. Wenn Wallace sich von den Demokraten lossagt, eine dritte Partei gründet und den Wahlkampf gegen die drohende Kriegsgefahr, für einen Ausgleich mit Russland, gegen die Truman-Doktrin und gegen die Labour-Bill führt, sind Überraschungen möglich, deren Ausmass heute niemand voraussagen kann. Nimmt man hinzu, dass die Republikaner sich noch nicht entschieden haben, ob sie Dewey oder Stassen nominieren, während die Demokraten sich noch auf einen Vizepräsidenten zu einigen haben, und erinnert man sich daran, dass auch Kandidaturen von populären Aussenseitern wie MacArthur, Eisenhower oder selbst Marshall im Bereich des Möglichen liegen, so wird man die Kontinuität der heutigen amerikanischen Aussenpolitik nicht als unbedingt gesichert ansehen dürfen. (b/-/67/1/he)

Die russische Unbekannte

Unter dem Titel "Blick auf die Menschheit" schrieb der französische Sozialistenführer Léon Blum Gedanken über Vergangenes und Zukünftiges nieder. Aus diesem Buch zitiert die Schweizer Tageszeitung "Die Tat" einige Sätze, die noch dadurch ein besonderes Gewicht erhalten, dass sie im Jahre 1941 niedergeschrieben worden sind:

* Das russische Problem, die russische Unbekannte, lastet schon jetzt schwer auf dem Begriff des Friedens, ja ich möchte sogar sagen, auf der Hoffnung auf Frieden. Ich habe bereits festgestellt, dass in einer gewissen Zahl von Ländern, und in erster Linie in Frankreich, die normale Ausübung der Regierung praktisch unmöglich wäre, wenn ein Teil der Arbeiterklasse infolge eines direkten oder indirekten Abhängigkeitsverhältnisses einem fremden Souverän unterstellt bliebe. In gleicher Weise

11. Juli 1947

ird es praktisch unmöglich sein, einen gesicherten Frieden unter der
 esamtheit der Nationen Europas und der Welt zu erhalten, wenn jede die-
 er Nationen Europas weiter in der Angst vor der Gefahr einer inneren, aber
 urch den Souverän von aussen vorbereiteten, organisierten und geleiteten
 evolution leben muss. Welches wäre die Zukunft der Demokratien und des
 Friedens, wenn man diese Schwierigkeiten nicht meisterte? Was darf
 von Russland erwarten? Dass es aufhöre, im Innern jedes Staates
 einen Fremdkörper zu unterhalten und dass es aufhöre, sich selbst als
 einen Fremdkörper gegenüber den übrigen Nationen anzusehen, in einer Art
 von provokatorischem Bruch mit den traditionellen Begriffen der Moral und
 der Menschlichkeit." (m/B54/117/1/ho)

KPD-Vertreter in Paris

Die deutschen Kommunisten waren auf dem Parteitag der K.P. Frankreichs
 in Strassburg durch Nikolay aus Saarbrücken vertreten. Er überbrachte dem
 Kongress die Grüße der KPD und der SED. Nach wenig geschmackvollen Angriffen
 gegen die SPD und Dr. Schumacher erklärte er wörtlich: "Die KPD und die
 SED sind die einzigen Parteien, die die Forderung des französischen Volkes
 nach Reparationen verstehen und öffentlich verteidigen". Nikolay versicher-
 te, ausserdem das demokratische Frankreich der Zuneigung der saarländischen
 Kommunisten und forderte, dass die Saarindustrie in den Dienst des franzö-
 sischen Wiederaufbaues gestellt werde. (b/A15/117/1/ho)

Flüchtlingsheime oder Kurbetrieb?

In den grossen Heilbädern und Kurorten sind die Fremdenheime, Logier-
 und Privathäuser mehr oder weniger mit Flüchtlingen vollgestopft, so dass
 ein normaler Kurbetrieb praktisch unmöglich ist. Hotelzimmer sind aber auf
 die Dauer keine geeigneten Familienunterkünfte. Jedoch steht anderweitiger
 Unterkunftsraum nicht, jedenfalls nicht in annähernd ausreichendem Umfange
 zur Verfügung.

Demgegenüber besteht für einen erheblichen Teil der Kurorte und Heil-
 bäder die Tatsache, dass sie immer vom Kurbetrieb und Fremdenverkehr gelebt
 haben. Die arbeitsfähigen Flüchtlinge, die in ihrer neuen Heimstätte Arbeit
 finden, sind gegenüber den wärmerlosen Familien, arbeitsunfähigen alten und
 kranken Menschen in einer verschwindenden Minderzahl. Es hat sich so das
 erschwerende Problem herausgebildet, dass von den neuen Bewohnern dieser
 Fremdenverkehrsorte nicht nur keine steuerlichen oder sonstigen Einnahmen
 zu erwarten sind, sondern dass sie überhaupt für die Gemeinden noch eine
 erhebliche finanzielle Belastung bedeuten. Man sollte darum Kurorte, die
 niemals Industrie oder Gewerbetätigkeit in nennenswertem Umfange gehabt
 haben und auch jetzt aus Mangel an Rohstoffen, Maschinen oder infolge un-
 günstiger Verkehrslage nicht einrichten können, für die Aufnahme der viel-
 fach noch in Städten oder Landgemeinden lebenden alten, Kranken, siechen
 oder gebrechlichen Flüchtlinge freimachen und die gesunden und arbeits-
 fähigen Flüchtlingsfamilien in die erwerbsoffenen Städte und Gemeinden
 anzusiedeln. Vielfach wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Einwei-
 sung bäuerlicher Flüchtlinge in Industriegegenden und Industriearbeiter
 in ländliche Bezirke korrigiert werden müsse. Diese Umschichtung der Flüch-
 tlinge würde zwar noch keine endgültige Lösung des Flüchtlingsproblems brin-
 gen, aber es doch schon wesentlich erleichtern helfen. (b/B35/97/1/ho)

Lehrecke auch im Grossbetrieb

Ein Vorwurf, der häufig aus den Kreisen des Handwerks erhoben wird, geht
 dahin, dass in den Grossbetrieben der Konnex zwischen dem Hersteller und dem
 Verbraucher nicht völlig verloren geht. Der Grossbetrieb, die maschinelle
 Herstellung der wichtigsten Verbrauchsgüter, insbesondere des Brotes, bringt
 es mit sich, dass die Hausfrau, die ihr Brot in einer Filiale des Grossbe-
 etriebes kauft, den Bäcker dieses Brotes auch im Verlauf von Jahren niemals
 kennenlernt. Auch der handwerkliche Nachwuchs im Grossbetrieb droht den

Kontakt mit der Kundschaft einzubüssen; Deshalb hat die erste, nach dem Ende der Diktatur wieder ins Leben gerufene Konsumgenossenschaft in der britischen Zone, die "Produktion" in Hamburg, im Rahmen ihrer Grosstückerlei eine gute Einrichtung geschaffen; die sogenannte Lehrecke, in der die Bäckerlehrlinge des Betriebes nur Handarbeit verrichten. Hausfrauen bringen ihre häuslichen Backwaren, die Lehrlinge nehmen sie ab und geben sie später auch wieder aus, so dass sie den Umgang mit der Kundschaft lernen.
(6/B35/107/1/hs)

Neue Situation in der Bodenreform

Von Herbert Kriedemann, Hannover

Auf den Entwurf zur Bodenreform, den die Militärregierung dem Zonenbeirat in Hamburg zur Stellungnahme zugeleitet hatte, ist nunmehr eine Antwort erfolgt. Die Tatsache, dass die deutschen Parteien Gelegenheit hatten, zu einer der wichtigsten Fragen Stellung zu nehmen, ist ebenso bedeutsam wie die Entscheidung selbst, die jetzt in Hamburg gefallen ist. Sicher, der Zonenbeirat ist kein Parlament im eigentlichen Sinne, er kann keine Gesetze erlassen. Er ist nur ein Organ zur Beratung der Militärregierung und dieser steht es frei, ob sie die Stellungnahme der deutschen Vertreter berücksichtigen will oder nicht. Es muss aber beachtet werden, dass die Mitglieder des Zonenbeirates Vertreter der politischen Parteien sind, dass sie von den Landtagen gewählt wurden und dass die Verteilung der Sitze auf die verschiedenen Parteien den letzten Wahlergebnissen entspricht.

Um die Stellungnahme zur englischen Vorlage ist heftig gekämpft worden. Auf der anderen Seite standen diejenigen, die eine wirkliche Veränderung der Bodenbesitzverhältnisse forderten, um den Boden in die Hand derjenigen zu geben, die ihn tatsächlich bearbeiten und die die Macht des Grossgrundbesitzes brechen wollten, der so lange einen verderblichen Einfluss auf die deutsche Entwicklung ausüben konnte. Freie Bauern auf eigener Scholle sollten das tragende Element der deutschen Landwirtschaft werden und ihre Zahl sollte dadurch vergrößert werden, dass die heimatlos gewordenen wieder Haus und Hof bekommen. Die Erzeugung der Landwirtschaft sollte gesteigert werden, um die Ernährung der Deutschen auf eine gesunde und sichere Grundlage zu stellen. Das alles war in den Forderungen der Sozialdemokratie enthalten. Weil der englische Entwurf in keiner Weise die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Forderungen bildete, haben die Sozialdemokraten im Zonenbeirat ihn abgelehnt.

Auf der anderen Seite standen die Vertreter der alten Ordnung. Auch bei ihnen fand der englische Vorschlag keine Zustimmung - aber nur deshalb nicht, weil er ihnen zu weit ging. Zwar wagt auch aus den Reihen der CDU oder der Niedersächsischen Landespartei niemand mehr offen für die Junker und ihre Gesinnungsgenossen einzutreten. Wenn es aber darum geht, Vorrechte und Unrecht zu beseitigen, die die Grundlage der reaktionären Politik waren und heute noch sind, wenn Farbe bekannt werden muss, dann hilft eben keine "demokratische" Tarnung. Die "Verbesserungsvorschläge", die diese Parteien zur englischen Vorlage gemacht haben, liefern darauf hinaus, den Grossen möglichst viel zu lassen, aber bis hinunter zum kleinsten Bauern jeden Landbesitzer zur Landabgabe mit heranzuziehen. Das entspricht durchaus der Taktik, die früher von den Deutschnationalen und den Landbund-Reak-

tionkran mit so viel Erfolg für die Herren und so zum Schaden der Bauern angewendet wurde. Dadurch, dass man auch die ihren Boden selbst bearbeitenden Bauern zu unrecht mit in die Bodenreform einbezieht, und das dazu noch in der Form, dass die Bauern zuerst an die Reihe kommen, hofft man, sie wieder vor den Karren der Grossen spannen zu können. Die vielen Kleinen sollten dazu missbraucht werden, die wenigen Grossen zu schützen.

Nun ist es anders geworden. Die klaren Forderungen der Sozialdemokratie, hinter denen nicht nur die Meinung einer Partei steht, sondern der Wille aller Menschen, die bereit sind, für ihr Leben selber zu arbeiten und die nicht länger Objekte der Ausbeutung durch Grossbesitzer bleiben wollen, haben sich gegen die Heuchelei und die Scheinargumente der Besitzvorteiliger durchgesetzt. Für die Forderung der Sozialdemokratie, dass in Zukunft niemand mehr als 100 ha landwirtschaftlich nutzbaren Boden besitzen darf, hat der Zonenbeirat eine Mehrheit gegeben. Mit den Sozialdemokraten stimmten die Kommunisten. Gegen diese Forderung erhoben nur die CDU und die NLP ihre Stimme - Zentrum und Demokraten enthielten sich. Angenommen wurden auch die Anträge der SPD, die eine nachträgliche Überprüfung der seit der Besetzung abgeschlossenen Grundstücksverkäufe wollten, weil bekanntlich die Grossbesitzer aus Angst vor der Bodenreform ihren Besitz durch Scheinverkäufe an Kinder und Vettern zu verschleiern versuchen.

Heute schon wird mancher Flüchtling, der bei der letzten Wahl noch auf die bürgerlichen Parteien hereingefallen ist, seine Stimmabgabe beauern. Denn der Beweis ist nunmehr erbracht, dass es diesen Parteien mit ihren Versprechungen nicht ernst ist. Dagegen haben die Sozialdemokraten gezeigt, dass sie wirklich die Bodenreform und eine gründliche Bodenreform wollen.

Alle, die sich zur Demokratie bekennen und die ihre Hoffnung darauf setzen, dass die Zukunft unseres Volkes nach demokratischen Gesichtspunkten neu gestaltet wird, warten nun mit Spannung darauf, wie weit die Militärregierung bei der endgültigen Gestaltung ihrer dem durch die Abstimmung klar zum Ausdruck gekommenen Willen einer Mehrheit gegen den Grossgrundbesitz und für bürgerliche Siedlung Rechnung tragen wird.

Verantwortlich: Peter Rauhan, Hannover